

STELLUNGNAHME zum Antrag a) CDU-Gemeinderatsfraktion b) SPD-Gemeinderatsfraktion vom: a) 20.02.2008 b) 29.02.2008 eingegangen: a) 22.02.2008 b) 29.02.2008	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	49. Plenarsitzung Gemeinderat 08.04.2008 1346 + 1347 20 a + b öffentlich Dez. 2
Blaue Tonne		

- Kurzfassung -

Die Stadtverwaltung wird in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit am 25.04.2008 Vorschläge zur Diskussion unterbreiten, welche Reaktionen der Stadt auf die Aufstellung der Blauen Tonne denkbar sind.

Durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit soll auf die Bürger eingewirkt werden, den bisherigen Altpapiersammlern (Vereine etc.) treu zu bleiben. Die Stadtverwaltung unterstützt die Bemühungen dieser Sammler.

Die Stadtverwaltung setzt sich beim Land und beim Bund für eine Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes ein, erste Schritte sind bereits in die Wege geleitet.

Finanzielle Auswirkungen nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>			
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition: Ergänzende Erläuterungen:			
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		abgestimmt mit

A Ziffer 1:

Die Stadtverwaltung prüft die Möglichkeiten einer organisatorischen Unterstützung der Vereine und Institutionen, die stadtweit durch das regelmäßige Einsammeln von Altpapier ihre Jugendarbeit finanziell unterstützen. Darüber hinaus entwickelt die Stadtverwaltung ein Konzept zur zusätzlichen Information und Aufklärung der Bevölkerung über die negativen Auswirkungen der Blauen Tonne. Alle Ergebnisse und Lösungsvorschläge werden in den zuständigen Gremien vorgestellt.

B Ziffer 1:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, Ideen und Konzepte zu entwickeln, wie die Vereine, die durch den Altpapiererlös ihre Jugendarbeit finanzieren, unterstützt werden können.

Die Stadtverwaltung wird in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit am 25.04.2008 Vorschläge zur Änderung der Abfallsatzungen zur Diskussion unterbreiten. Zielrichtung soll sein, das jetzige System des Miteinanders bei der Papiersammlung (einerseits „Stadt“, andererseits „Vereine“) zu stabilisieren und die Gebührenzahler so vor den negativen Auswirkungen der Blauen Tonne (Stichwort „Rosinenpickerei“) zu schützen. Dazu bietet sich an, den für die Bürger derzeit bestehenden finanziellen Anreiz zur Nutzung der Blauen Tonne zu beseitigen und - wie in nahezu allen anderen Stadt- und Landkreisen bundesweit bereits praktiziert - die Wertstofftonne gebührenfrei zu stellen. Der Gebührenaufschlag wäre analog der Vorgehensweise bei der Bioabfallsammlung der Restmüllgebühr zuzuschlagen.

Die Stadtverwaltung wird parallel dazu durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit auf die Bürger einwirken, den bisherigen Altpapiersammlern treu zu bleiben. Denkbar sind in diesem Zusammenhang sowohl eine Anzeigekampagne als auch ein Informations-Faltblatt (als Beilage zur Stadtzeitung oder besser – weil kostengünstiger – zur Verteilung durch die Vereine). Bereits verwirklicht ist die Einstellung der Sammeltermine auf der Homepage der Stadt („Abfallkalender“), so dass jeder Haushalt die Möglichkeit hat, individuell und jederzeit den nächsten Termin abzufragen.

Einer weitergehenden organisatorischen Unterstützung der Vereine steht die Stadtverwaltung grundsätzlich offen gegenüber. Allerdings müssen die Möglichkeiten bei Bedarf im Einzelfall geprüft werden und sich an den hierfür verfügbaren Ressourcen orientieren.

B Ziffer 2:

Die Stadtverwaltung bezieht die Wohnungsbauunternehmen in ihre Überlegungen mit ein.

Die Wohnungsbauunternehmen werden im Rahmen der o. g. Überlegungen mit einbezogen („Beratungsoffensive“ der Abfallwirtschaftsberatung).

B Ziffer 3:

Die Stadtverwaltung prüft insbesondere, wie die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugt werden können, ihr Altpapier weiterhin den Jugendabteilungen der Vereine zur Verfügung zu stellen.

Siehe hierzu Antwort B Ziffer 1, zweiter Absatz.

B Ziffer 4:

Die Stadtverwaltung berichtet über ihre im Herbst 2007 zugesagten Bemühungen, den Sammeltakt in den Stadtteilen zu verdichten.

Diverse Gespräche führten teilweise zwar schon zu einem konkreten Ergebnis. Insgesamt besteht aber an einer Verdichtung des Sammeltaktes seitens der Vereine eher geringes Interesse. Dies liegt wohl daran, dass die Vereine nur dann sammeln, wenn es sich nach ihren eigenen Erfahrungen lohnt. Wenn bei - über einen bestimmten Zeitraum gesehen - gleicher Menge Sammelgut einfach nur häufiger gesammelt wird, sinkt die jeweilige Sammelmenge pro Aktion, der Sammelaufwand pro Aktion ist jedoch praktisch der Gleiche (Organisation von Sammelfahrzeugen und Helfern,...). Die Vereine tarieren daher den aus ihrer Sicht optimalen Sammeltakt weitgehend selbst aus, der Einfluss der Stadtverwaltung stößt hier an seine Grenzen.

B Ziffer 5:

Falls in den Stadtteilen durch von den Bürgervereinen und/oder den Vereinen betriebene Sammelstellen eingerichtet werden, leistet die Stadt Unterstützung.

Grundsätzlich unterstützt die Stadt alle Bemühungen der Vereine im Zusammenhang mit dem Erhalt der Altpapiersammlungen auf dem Status Quo. Eine Ausweitung der Sammlung durch zusätzliche Einrichtung von Sammelstationen mit Unterstützung der Stadt muss jedoch kritisch gesehen werden, da im Stadtgebiet bereits mehrere städtische Wertstoffhöfe existieren, die schon von den Gebührenzahlern finanziert werden.

A Ziffer 2:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, sich bei der Landesregierung Baden-Württemberg aktiv für eine Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes einzusetzen.

B Ziffer 6:

Die Stadtverwaltung setzt sich beim Land und beim Bund für eine Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes ein.

Die Stadtverwaltung hat hierzu bereits erste Schritte in die Wege geleitet. So wurde Umweltministerin Tanja Gönner gebeten, sich für eine Änderung der geltenden Rechtslage einzusetzen. Auch über die Gremien des Städtetages Baden-Württemberg und des Deutschen Städtetages wird die Stadtverwaltung alles unternehmen, damit eine entsprechende Gesetzesänderung herbeigeführt werden kann. Allerdings kann realistischere nicht damit gerechnet werden, dass es auf dieser Schiene kurzfristig zu einer Lösung kommen wird.